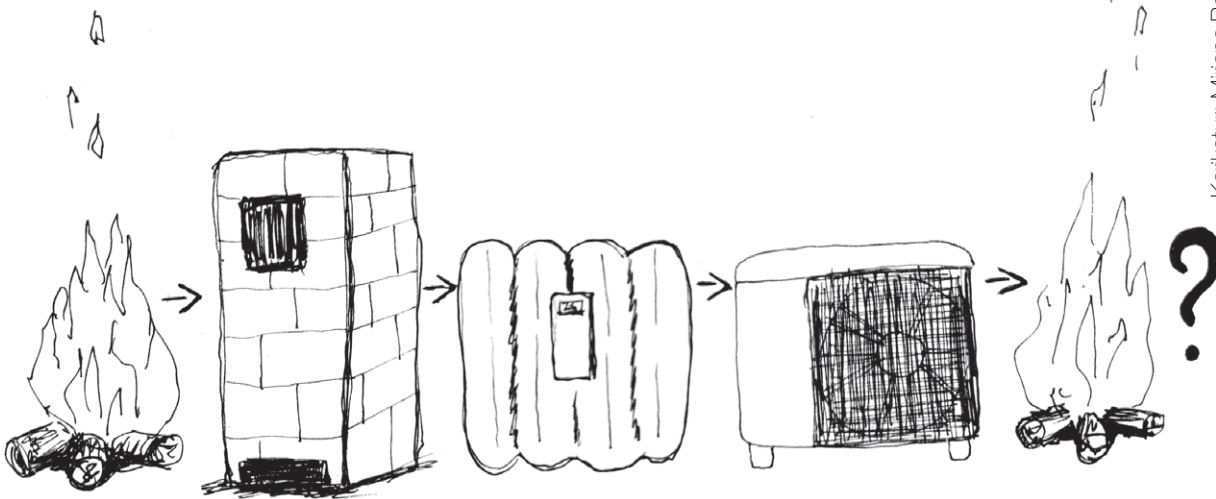


Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim

Juni 2023, 33. Jahrg.

Habecks Evolutionstheorie



Karikatur: Mirjana Rehling

Dass das Heizen mit fossilen Brennstoffen aufgegeben, die Wärmewende kommen muss, ist wohl allen klar. Realistische Zeiträume, verschiedene und bezahlbare Technologien sind entscheidend.

Die Bundestagsabgeordnete Amira Mohamed Ali (DIE LINKE) verurteilte den Regierungsstreit bei einem Vorhaben, das drastische Auswirkungen für jeden in diesem Land habe. Wie könne man ein Gesetz „raushauen“, und sich erst danach Gedanken über die Folgen machen, zum Beispiel auch für Mieter, fragte sie im Bundestag am 26. Mai.

Busse und Bahnen günstig für Barnimer Kinder und Jugendliche

Barnimer Schüler:innen können kostenfrei die Schulbusse nutzen. Und für 15 Euro im Monat ein VBB-Ticket für Brandenburg und Berlin dazukaufen.

Im Barnim ist der Schülerverkehr seit dem letzten Schuljahr beitragsfrei. Damit ist der Landkreis Vorreiter bei der Entlastung von im Barnim lebenden Schüler:innen und ihren Familien bei den Nahverkehrskosten.

Der beitragsfreie Schülerverkehr war ein lange gehegter Wunsch der LINKEN im Barnim – lange bevor überhaupt die Idee von 9-Euro- oder Deutschlandtickets geboren war. Dank einer Mehrheit im Kreistag wurde dies im Juni 2021 beschlossen.

Die Anträge werden beim Landkreis gestellt. Bewilligung der kostenfreien Schülertickets erfolgt jeweils für die Dauer des Bildungsganges (bis Ende Klasse 6, Klasse 10, Klasse 12 oder 13) zum Besuch der Grundschule und weiterführenden Schule. Somit muss innerhalb des Bildungsganges auch kein neuer Antrag gestellt werden, spezielle Regelungen gibt es bei Änderungen wie Umzug oder Verlust der Fahrkarte. Die Schülerfahrweise sind e-Tickets.

Die Antragsunterlagen für das Schuljahr 2023/2024 sind bereits ein-

gestellt unter: <https://www.barnim.de/verwaltung-politik/aemter-leistungen/dienstleistung/schuelerbefoerderung>.

Ist man im Besitz eines Schülertickets, kann man ergänzend das Frei-

Das VBB-Freizeiticket gilt montags bis freitags ab 14 Uhr, ganztägig am Wochenende, an Feiertagen und in den Schulferien.

zeiticket des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) für 15 Euro dazu kaufen. Es gilt ab Kaufdatum einen Monat im VBB-Gesamtnetz, das heißt auch für sämtliche Busverbindungen der Barnimer Busgesellschaft BBG, wie deren Geschäftsführer, Herr Wruck, auf einer Sitzung der Kreistagsfraktion der LINKEN informierte. Auch alle Regionalzüge sind erfasst (auch diejenigen, die man bisher nicht mit dem 49-Euro-Deutschlandticket befahren kann), Busse, U-Bahnen, Fähren in Berlin – also alle Verkehrsmittel des VBB in Brandenburg und Berlin.

„Durch die Kombination beider

Angebote können Schüler:innen sowohl im Barnim als auch in in ganz Brandenburg und Berlin für 15 Euro monatlich alle Verkehrsmittel nutzen, so dass dafür das Deutschland-Ticket nicht gekauft werden müsste“, meint der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN, Lutz Kupitz. Die Fraktion hatte sich Ende Mai damit beschäftigt, ob der Kreis Schüler:innen das Deutschlandticket verbilligt anbieten kann. „Auch, wenn wir uns einen kostenfreien Nahverkehr wünschen, muss immer geschaut werden, was Kreis und BBG leisten können. Die Nutzung aller regionalen Verkehrsmittel durch Schüler:innen für 50 Cent am Tag mit den Freizeiticket, ist ein gutes Angebot und die geplanten Ausgaben des Kreises für den beitragsfreien Schülerverkehr von 10,4 Millionen Euro im Jahr leistbar“, erklärt Kupitz.

Das VBB-Freizeiticket kann man im Kundencenter der BBG in Eberswalde kaufen (Friedrich-Ebert-Str. 27d/ Paul-Wunderlich-Haus) oder direkt beim Busfahrer unter Vorlage des Schülertickets. bc

In dieser Ausgabe

Tiefer Fall statt „Sommerhöhen“:

Eberswalde muss sich entscheiden: Zersiedlung oder Stadtentwicklung?

2

Längeres gemeinsames Lernen?

Am 21. Juni entscheidet der Kreistag über den Bau neuer Schulen: Streit über die Schulform in Wandlitz: Oberschule oder Gesamtschule?

3

Kein Kind soll hungern

DIE LINKE bereitet Volksinitiative für kostenfreies Mittagessen in Schule und Kita vor.

3

Ahrensfelde braucht kommunalen Wohnungsbau

Gemeinde feierte 20-jähriges Bestehen

4

Waffenstillstand und Diplomatie für Kriegsende

Das Engagement des Friedensbündnisses Panketal.

4

Werneuchen: Steigende Wassergebühren deckeln?

DIE LINKE für sozialverträgliche Gebühren

5

Bernau: Parkraumkonzept

Freie Wähler und CDU verhindern Debatte dazu

5

OW-Recht:

Regeln für befristete Arbeitsverträge

6

Sparkassen werden in allen Teilen Brandenburgs gebraucht

DIE LINKE wirbt für Änderungen des Sparkassengesetzes

7

OW Online:

immer mittwochs und sonntags

auf: www.dielinke-barnim.de

oder Facebook:

[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)

[Facebook.com/dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)

[dielinke.barnim](https://www.facebook.com/dielinke.barnim)



Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29, BIC: WELADED1GZE; Verwendungszweck: Spende OW. Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

Tiefer Fall statt „Sommerhöhen“

Eberswalder Stadtpolitik muss endlich entscheiden: Zersiedlung oder Stadtentwicklung?
DIE LINKE mit Vorschlägen zu sozialem Wohnungsbau, Beteiligung am Kita- und Schulbau durch Investoren.

Von Katharina Walter,
Stadtverordnete Eberswalde

Eberswalde: Das neue Kreuzberg. Hieß es im letzten Jahr und es stimmt, zumindest wenn man sich die Anzahl von Investoren anschaut, die in der Waldstadt bauen wollen. Fast jeden Monat muss sich der städtische Bauausschuss mit neuen Plänen für Haus- oder Wohnungsbau beschäftigen. Immer wieder kommen aus ganz Deutschland private Firmen, die mehrere hundert Wohnungen bauen wollen und sich Grundstücke sichern.

So auch eine Planungsfirma aus Weimar, die schon im letzten Jahr über 100 Eigenheimstandorte im Stadtteil Ostende auf einer Ackerfläche am Stadtausgang planen wollte. Arbeitstitel des neuen Wohnstandortes: „Sommerhöhe“. Schon damals war Protest vorprogrammiert. Mitten auf einer genutzten landwirtschaftlichen Fläche hundert Eigenheime? Ohne Planungen für die soziale Infrastruktur? Obwohl in der Innenstadt und

den anderen Stadtteilen viele schon erschlossene Baugrundstücke liegen und nur angefangen werden müsste? Und überhaupt? Gibt es in Eberswalde nicht einen viel größeren Bedarf nach Wohnungen, statt nach Eigenheimen?

Das rief DIE LINKE auf den Plan, und wir konnten die damalige Beschlussfassung verhindern. Jetzt wurden die Planungen wieder aus der Schublade gezogen und nun soll entschieden werden. An den Ideen hat sich aber schlicht nichts verändert. Ein neues Eigenheimgebiet auf dieser Fläche, das weitere Zersiedlung bedeutet, klima- und agrarpolitisch vollständig absurd ist und sich nicht an den tatsächlichen Bedarfen orientiert, ist mit uns nicht zu machen. In der Stadt gibt es dutzende mögliche Standorte für weitere Eigenheime, die auch zu einer Durchmischung in den Stadtteilen führen würden. An diesem geplanten Standort sind sie nicht nur unnötig, sondern schädlich für die Stadt als Ganzes.

Und hier wird ein grundsätzliches Problem deutlich. Die Eberswalder Stadtpolitik muss sich entscheiden. Will sie die Stadt den Investoren auf dem Silbertablett präsentieren oder den Ausverkauf stoppen und endlich einmal klare Bedingungen an Investoren stellen? Will sie weiterhin Boden zum Spekulationsobjekt machen oder endlich im Interesse der Menschen in der Stadt handeln?

Die Stadt braucht ein Entwick-

lungskonzept, das nicht allein auf Einwohnerzahlen setzt, sondern darauf, dass das Leben bezahlbar bleibt. Die Mieten bei Neuvermietungen sind mittlerweile höher als in Bernau. Der Handlungsbedarf ist riesig. Unsere Vorschläge nach sozialem Wohnungsbau, Beteiligung am Kita- und Schulbau durch Investoren liegen auf dem Tisch. Für eine Stadt, in der alle leben können – sie ist möglich, mit einer anderen Politik.

„Die Mieten bei Neuvermietungen sind in Eberswalde mittlerweile höher als in Bernau.“

**DIE LINKE in Eberswalde:
Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum!**

Foto: pixabay

Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen.

Es können Termine kurzfristig abgesagt oder verschoben werden. Bitte informieren Sie sich vorab.

Kreisvorstand: 4. Juli, 18 Uhr, Kontakt: info@dielinke-barnim.de

Links-Eck Eberswalde: Heegermühler Str. 14, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-236987, Mail: eberswalde@dielinke-barnim.de

Bürgerzentrum Bernau: Berliner Str. 17, 16321 Bernau, Tel.: 03338-5881, Mail: bernau@dielinke-barnim.de

Regionalgruppe Cuba sí: E-Mail: bernau@cuba-si.org [**solid**]: E-Mail: solid-barnim@web.de

Wahlkreisbüro des Landtagsabgeordneten Sebastian Walter:

Tel.: 03334-385488, im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: buero.sebastian.walter@mdl.brandenburg.de, Sprechzeiten: Mo: 9 bis 16 Uhr, Do: 10 bis 17 Uhr

Fraktionen und Ortsverbände in den Städten und Gemeinden:

Kreistagsfraktion: Tel.: 03334-236986; E-Mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de;

3. Juli, 18 Uhr, Gaststätte „Alte Eiche“, Biesenthal, Kreistag: 21. Juni, 27. September, jeweils 17 Uhr, Kreishaus, Am Markt 1

Ahrenfelde: Fraktionssitzung: 13. Juli, 14. September, jeweils 17 Uhr, Seniorenbegegnungsstätte, Gemeindevertretersitzung: 19. Juni, 17. Juli, 18. September, jeweils 17 Uhr, Ortsteilzentrums Ahrenfelde

Bernau bei Berlin: Stadtvorstand: 1. Montag im Monat, 18 Uhr im Bürgerzentrum Bernau; Stadtfraktion: 27. Juni, 30. August, 27. September, jeweils 18 Uhr, Bürgerzentrum Bernau, Kontakt: fraktion-bernau@dielinke-barnim.de, Tel.: 03338-907252;

Stadtverordnetenversammlung: 28. Juni, 31. August, 28. September, jeweils 16 Uhr, Neues Rathaus Bernau, Bürgermeisterstr. 1

Biesenthal: Ortsverband: Mail: biesenthal@dielinke-barnim.de; Fraktionssitzungen: Online, Stadtverordnetenversammlung: 6. Juli, 21. September, jeweils 19 Uhr, Grundschule „Am Pfefferberg“, Bahnhofstr. 9-12

Eberswalde: Stadtvorstand: Kontakt: Bürgerbüro, Heegermühler Straße 15.

Stadtfraktion: 26. Juni, 25. September, Linkseck Eberswalde, E-Mail: Eberswalde-fraktion@dielinke-barnim.de;

Stadtverordnetenversammlung: 27. Juni, 26. September, jeweils 18 Uhr, Stadthalle „Hufeisenfabrik, Am Alten Walzwerk 1

Chorin: Gemeindevertretersitzung: 27. Juli, 19 Uhr, Rathaus Britz

Panketal: Ortsverband: Mail: panketal@dielinke-barnim.de; Fraktion (Gemeindevertretung) Kontakt: ines@pukall.eu,

Fraktion: 26. September, 19 Uhr, Ratssaal im Rathaus Panketal, Schönower Str. 105

Gemeindevertretersitzung: 27. Juni, 19. September, jeweils 19 Uhr, Mensa Grundschule Zepernick, Schönerlinder Straße 83a

Schorfheide: Ortsverband: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Monis Mühlenbistro, Hauptstraße 129, 16244 Finowfurt, Gemeindevertretersitzung: 28. Juni, 20. September, jeweils 19 Uhr, Schule Finowfurt

Wandlitz: Ortsverband: jeder 2. Mittwoch im Monat; Tel.: 0178-9700577; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de;

Gemeindevertretersitzung: 6. Juli, 18 Uhr, Kulturbühne „Goldener Löwe“

Werneuchen: Tel.: 0173-2478237; Mail: alexanderHorn-Werneuchen@web.de; Ortsverband: 7. Juli, 4. August, 1. September, jeweils 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof, Stadtfraktion: 18. Juli, 24. August, 12. September, jeweils 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof, Stadtverordnetenversammlung: 15. Juni, 20. Juli, 14. September, jeweils 18 Uhr, Adlersaal, Berliner Allee 18a

Impressum

Herausgeber:

Virtuelle AG Offene Worte
der LINKEN Barnim &
Kreistagsfraktion der LINKEN

Kontakt: DIE LINKE Barnim,
Heegermühler Straße 15,
16225 Eberswalde,
Tel.: 03334-22026,
Fax: 03334-385489

E-Mail:

offeneworte@dielinke-barnim.de

Redaktion: Petra Bochow (pb),
Berit Christoffers (bc), Matthias Holz
(mh), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz
Kupitz (lk), Margitta Mächtig (mm),
Hans-Jürgen Müller (hjm), Domenik
Rabe (ViSdP/dr) Sebastian Walter

Druck: Druckerei Gottschalk

Auflage: 93.000

nächster Redaktionsschluss:

2. Oktober 2023

nächster Erscheinungstermin:

19. Oktober 2023

Online-Ausgaben:

mittwochs und sonntags auf
www.dielinke-barnim.de

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingesandter Zuschriften und kann diese Sinn wärend kürzen.

download als pdf-Datei:

www.dielinke-barnim.de
alle archivierten Zei-
tungen vorhanden.
oder direkt:



Längeres gemeinsames Lernen?

Am 21. Juni entscheidet der Barnimer Kreistag über neue weiterführende Schulen: Über die Schulform in Wandlitz gibt es Streit: der Kreis will eine Oberschule, Gemeinde und Eltern eine Gesamtschule. Was meint DIE LINKE?

Überall werden mehr Plätze für Kinder in den Schulen gebraucht. Während für die Grundschulen die Städte und Gemeinden zuständig sind (im Lindenberger Ortsteil von Ahrensfelde wurde gerade eine eingeweiht, siehe Seite 4), ist für die allermeisten weiterführenden Schulen der Landkreis zuständig. Dazu gibt es das so genannte Schulentwicklungs-konzept. Es soll langfristig berücksichtigen, in welchen Regionen des Landkreises es in welchen Zeiträumen wieviele Schüler:innen geben wird und welche Schulform sie vermutlich wählen werden – und dafür dann die entsprechenden Schulbauten vorhalten. Sehr viel Konjunktiv – und das ist ein Problem. Anhand der Geburtenzahlen lässt sich zumindest für einen bestimmten Zeitraum abschätzen, wie viel Schüler:innen es geben wird. Aber dazu kommen Zuzug, aktuell Kriegsflüchtlinge ... Werden Schüler:innen eher das Gymnasium, die Oberschule, eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe oder ein Oberstufenzentrum wählen? Auch Änderungen zu Berufsbildern gibt es. In den letzten 30 Jahren drängten viele Eltern auf das Abitur, um ihren Kindern alle Bildungsmöglichkeiten offen zu halten. Vielleicht ändert sich das (wieder), wenn der Fachkräftemangel zu besseren Vergütungen führt, Berufe ohne Studium attraktiver macht, Handwerker:innen überall gesucht werden?

Das alles erschwert ein Schulentwicklungs-konzept. Städte und Gemeinden schätzen manches anders ein als der Kreis. Eltern orientieren sich eher an ihren aktuellen persönlichen Vorstellungen: Kann mein Kind möglichst wohnortnah die gewünschte Schule besuchen? Alles berechtigt, dennoch: Der Kreis muss das gesamte Angebot im Barnim im Blick behalten.

Aktuell gibt es 9 Oberschulen (2x Bernau, 1x Schwanebeck, 3x Eberswalde, 1x Finowfurt, 1x Werneuchen, 1x Klosterfelde). Dazu kommen eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe in Zepernick, die beiden Oberstufenzentren in Eberswalde und Bernau und 5 Gymnasien (2x Bernau, 2 x Eberswalde, 1x Wandlitz).

Zur Abstimmung stehen nun im Kreistag weitere geplante Schulen: in Ahrensfelde und Zepernick jeweils ein Gymnasium, in Bernau und Eberswalde jeweils eine weiterführende Schule (Schulform noch nicht klar) sowie eine Oberschule in Wandlitz. Letztere soll möglicherweise die Oberschule in Klosterfelde ersetzen, deren Standort für eine Grundschule benötigt wird. In Wandlitz aber befürworten die Gemeindevertretung und vor allem Eltern den Neubau einer Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe. „Eine schwierige Situation für uns LINKE“, erklärt Lutz Kupitz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, im Kreistag. „Wir sind grundsätzlich für langes gemeinsames Lernen,

deshalb halten wir eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe für die Schulform, die den meisten Kindern gerecht werden kann: Sie bleiben am längsten im gleichen Schultyp, auch »Spätstarter« können sich noch für einen Abiturgang entscheiden oder haben eben ein Jahr länger Zeit dafür.“

Der Wechsel von der Oberschule auf eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe ist zwar möglich, oft aber auch hart. Eher gibt es noch die Tendenz, dass Schüler:innen von den Gymnasien dorthin wechseln, um ein Jahr länger Zeit für das Abitur zu haben. Nun also die Entscheidung: Oberschule oder Gesamtschule?

„Im Bildungsausschuss des Kreistages am 25. Mai hat die LINKE gegen eine Oberschule gestimmt“, berichtet Kupitz. „Es schlagen aber mehrere Herzen in unserer Brust: Wir verstehen auch die Argumentation der Verwaltung, dass die Oberschule in Klosterfelde ersetzt werden müsste. Oberschüler hätten sonst Fahrwege bis nach Schwanebeck, Werneuchen oder Finowfurt. Andererseits gibt es bisher nur eine Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe im Barnim. Wir sind für den Ausbau dieser Schulform.“ Die Kreistagsfraktion der LINKEN will sich deshalb vor der entscheidenden Kreistagssitzung noch einmal zuständige Mitarbeiter:innen zur Fraktionssitzung einladen und alle Argumente abwägen. „Wir können das Bildungssystem vor Ort leider

nicht ändern, das den Schüler:innen keine Chancengleichheit ermöglicht“, wird Lutz Kupitz nochmal grundsätzlich, „aber im Kreis müssen wir eine Entscheidung treffen, die möglichst große Chancen für die nachfolgende Generation ermöglicht.“

Denn hinzu kommt: Die Gesamtschule ist das teurere Modell, weil es 13 Jahre umfasst und somit mehr Lehrer:innen nötig sind. Für diese Kosten ist wiederum das Land zuständig. Auch mit dem neuen Bildungsminister Steffen Freiberg scheint es keinen Paradigmenwechsel zu geben. Im Gegenteil. Zu Lasten von Kindern, nämlich durch größere Klassen, sollen Lehrer:innen „eingespart“ werden, die eventuell sogar „umgesetzt“ werden – was auch nicht besonders motivierend ist. Ein Beispiel: Ende Mai haben die Schulen die Auflage vom Bildungsminister erhalten, dass es bei bis zu 85 Schüler:innen einer Klassenstufe nur drei Klassen geben darf, 4-Zügigkeit ist dann nicht gestattet und zwar sowohl in Grund- als auch in weiterführender Schule. Das bedeutet Klassenstärken mit 28 Schüler:innen, eventuell Zusammenlegung von Klassen zum nächsten Schuljahr.

„Für uns steht auch eine angemessene Größe von Schulklassen im Mittelpunkt. Solche Entscheidungen der Landesebene verschlechtern die Situation von Schüler:innen – egal in welcher Schulform,“ erklärt Lutz Kupitz. *bc*

Kein Kind soll hungern

DIE LINKE bereitet Volksinitiative für kostenfreies Mittagessen in Schule und Kita vor

Von Sebastian Walter,
Landesvorsitzender
DIE LINKE Brandenburg

Eine warme Mahlzeit am Tag ist für immer mehr Kinder nicht mehr selbstverständlich. Der knurrende Magen wird für immer mehr Alltag. Dabei lernen? Dabei Kind sein? Nicht die besten Voraussetzungen dafür.

Bis zu 7 Euro pro Mahlzeit kostet das Mittagessen in Brandenburger Schulen und das ist auch noch nicht das Ende der Preisspirale. Die steigenden Kosten bei Einkauf und beim Kochen schlagen massiv zu und damit in den Portemonnaies der Eltern, die es immer schwerer haben, überhaupt alle Rechnungen zu bezahlen.

Politik muss handeln. In Berlin beispielsweise ist das kostenlose Mittagessen seit Jahren selbstverständlich. Warum dann nicht bei uns, beim Nachbarn in Brandenburg?

Ja, das kostet Geld. Aber die Frage ist doch, was sind uns unsere Kinder wert? Milliarden gibt es für allerlei Dinge, für Panzer oder für Banken, aber gerade für die Jüngsten nicht? Das ist ungerecht und muss geändert werden.

Die Kenia-Koalition aus SPD, CDU und Grüne in Brandenburg hat verschiedenste Vorschläge dazu im Landtag abgelehnt. Jetzt sollen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. DIE LINKE wird gemeinsam mit anderen Partnern eine Volksinitiative starten und mindestens 20.000 Unterschriften sammeln.

Ab dem neuen Schuljahr im August sollen die Unterschriften gesammelt werden. Bis zu einem Volkstentscheid, sind sich die Partner einig, soll diese Initiative getragen werden. Es muss endlich entschieden werden – für einen Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit im Land.



Keine leeren Plätze beim Mittagessen!

Foto: pixabay

Ahrensfelde braucht kommunalen Wohnungsbau

Die Gemeinde feierte ihren 20. Geburtstag als Zusammenschluss aus den 5 Ortsteilen Ahrensfelde, Eiche, Mehrow, Lindenberg und Blumberg.



Foto: F. Müller

Foto vom Neubau der Grundschule im Ahrensfelder Ortsteil Lindenberg im Mai 2021: Schule, Mensa, Hort und Turnhalle wurden am 3. Juni 2023 feierlich eröffnet.

Von Christina Emmrich,
Gemeindevertreterin Ahrensfelde,
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE

„20 Jahre Gemeinde Ahrensfelde“: Unter diesem Motto waren am 3. Juni tausende Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde und viele Gäste unterwegs. Die ursprünglichen Ortsteile der Gemeinde gibt es natürlich alle schon viel länger, aber der Zusammenschluss der Orte Ahrensfelde, Eiche, Blumberg, Mehrow, Lindenberg zur jetzigen Gemeinde Ahrensfelde, der fand vor 20 Jahren mit der Gemeindegebietsreform statt. Ein guter Anlass, um viele traditionelle Feste in den Ortsteilen zu bündeln und diese gemeinsam zu feiern.

In Lindenberg fand ein großes Familien- und Regionalparkfest mit vielen Höhepunkten statt. Einer davon war die feierliche Eröffnung der Grundschule und des Hortes Lindenberg. Ohne jegliche Fördermittel,

mit eingehaltenem Finanzplan, hat die Gemeinde diesen Bau gestemmt. Nicht ganz selbstverständlich.

In den fünf Ortsteilen der Gemeinde herrscht ein reges gesellschaftliches Leben. Deshalb gehörte natürlich auch die Würdigung Ehrenamtlicher zu einem solchen Tag.

Aber nicht alles hat sich zum Vorteil verändert, vor allem nicht die Verkehrssituation im Ortsteil Ahrensfelde. 1990 hatte die Gemeinde Ahrensfelde den Antrag auf Aufnahme der Ortsumfahrung Ahrensfelde in den Bundesverkehrswegeplan gestellt. Im Planfeststellungsverfahren 2011 wurden über 1.500 Einwendungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung eingereicht. Seither ruht es und die umfangreichen Einwendungen wurden bisher nicht beantwortet.

Die Gemeindevertretung von Ahrensfelde hat nach vielen Diskussionen der Beibehaltung der geplanten Trasse unter der Bedingung zugestimmt, dass

diese als Tunnelbauwerk ausgeführt wird. Auch von der Forderung zur Bildung eines länderübergreifenden Planungsbeirates gehen wir nicht ab.

Von Seiten des Bundes und der Länder Berlin und Brandenburg wurden alle Forderungen und Lösungsvorschläge der Gemeinde bisher ignoriert. Dennoch werden wir weiter demonstrieren und noch andere Wege finden, unseren Protest kundzutun.

Nicht nur die Verkehrsprobleme schwappen aus Berlin in die Gemeinde: Steigende Mieten und vor allem fehlender Wohnraum in der Hauptstadt sorgen dafür, dass sich immer mehr Menschen „im Umland“ nach Wohnraum umsehen. Wie wir das in der Gemeinde kompensieren sollen, wird uns die nächsten Jahre beschäftigen. Dies ist keine einfache Situation für die Gemeindevertretung, die letztlich mit Bebauungsplänen über die Entwicklung entscheidet. Klar ist, wir brauchen Wohnraum für Ältere, die

ihre Häuser nicht mehr bewirtschaften und für Jüngere, die aus dem Elternhaus ausziehen wollen. Dafür braucht es mehr Mietwohnungen als bisher. Diese sollen auch auf kommunalen Flächen entstehen. Unter anderem deshalb hat die Gemeindevertretung entschieden, dass wir der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft (WBG) Werneuchen beitreten wollen. Die Grundsatzbeschlüsse dazu sind gefasst. Die Stadtverordnetenversammlung Werneuchen hat ebenfalls einen Beschluss zum Beitritt von Ahrensfelde zur WBG gefasst. Die Modalitäten werden jetzt verhandelt. Geld wird nicht eingezahlt. Wir bringen Gebäude mit rund 65 kommunalen Wohnungen und Grünstücke ein.

Die Fraktion der LINKEN in Ahrensfelde verspricht sich von dieser Regelung, dass das kommunale Eigentum an Grundstücken bewahrt und über die WBG für den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen verwendet werden kann.

Waffenstillstand und Diplomatie für Kriegsende

Friedensbündnis Panketal: „Die Ukraine hat ein Selbstverteidigungsrecht. Wir wollen, dass das Sterben aufhört.“



Einige Initiator:innen des „Friedensbündnisses Panketal“ (v.l.n.r.): Wanja Weißig, Dr. Lothar Gierke, Ines Pukall, Thomas Marquard. Das Friedensbündnis Panketal ist ein Bündnis von (parteilosen) Menschen aus Panketal, in dem auch Mitglieder der LINKEN aktiv sind. Foto: Mike Pukall

Von Ines Pukall

Der Einladung des „Friedensbündnisses Panketal“ zur Friedenskundgebung am 25. April in Panketal sind mehr als 100 Menschen gefolgt. Die Friedenskundgebung stand unter der Hauptforderung, Russland und die Ukraine ohne Vorbedingungen sofort an den Verhandlungstisch zu bringen. Dies bedeutet keinesfalls, die Kriegsziele Russlands anzuerkennen oder der Ukraine ihr Recht auf Verteidigung abzusprechen. Dies unterstreicht vielmehr die Meinung namhafter Militärexperten, dass in diesem Konflikt kein Frieden mit immer mehr und stärkeren Waffen geschaffen werden kann. Von der Kundgebung wurde ein von 86 Menschen unterzeichneter Offener Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz verabschiedet. Darin wird zum Stopp der Waffenlieferungen und zum Ziehen aller diplomatischen Register mit dem Ziel der sofortigen Beendigung

des Sterbens und der Verhinderung einer Eskalation des Krieges aufgerufen. Mit dieser Aktion reiht sich das Friedensbündnis Panketal in eine ständig wachsende Anzahl von „Stimmen der Vernunft“ ein, die sich für einen Waffenstillstand und diplomatische Bemühungen einsetzen. Dazu gehören namhafte Persönlichkeiten aller demokratischen Parteien und die Stadtverordnetenversammlung Bernau.

Das Friedensbündnis Panketal ist Unterstützer der zentralen Kundgebung gegen das NATO-Luftkriegsmanöver Air Defender 23 und die Waffenschau zum Tag der Bundeswehr am 17. Juni, 13 Uhr, an der Alten Feuerwache in Brandenburg a.d. Havel. Das Bündnis wird sich weiter vernetzen, um mit Brandenburger Gemeinden und den Mitgliedsgewerkschaften des DGB Friedensaktivitäten in unserem Bundesland zu unterstützen.

Kontakt: friedensbueundnis.panketal@gmail.com

Werneuchen: Wie lassen sich steigende Wassergebühren deckeln?

Aller guten Dinge sind vielleicht vier: Am 15. Juni wird sich die Stadtverordnetenversammlung zum vierten Mal damit beschäftigen, die Kosten für Wasser und Abwasser nicht zu stark steigen zu lassen.

Von Alexander Horn,
Stadtverordneter Werneuchen
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Am 15. Juni wird es erneut eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung in Werneuchen geben. Bereits im März hatte die Stadtverwaltung eine Gebührenerhöhung für Wasser und Abwasser von rund 70 Prozent vorgeschlagen. Danach müssten Einwohner:innen Werneuchens ab diesem Jahr 4,91 Euro für den Kubikmeter Abwasser, 3,18 Euro für Wasser und 12,18 Euro für dezentrales Abwasser bezahlen. Derzeit liegen die Kosten bei 2,84 Euro für den Kubikmeter Abwasser, 1,97 Euro für Wasser, 4,98 für dezentrales Abwasser.

Im März und zweimal im Mai vertagte sich die Stadtverordnetenversammlung, ohne eine Entscheidung dazu getroffen zu haben. Auf der Sitzung am 25. Mai gab es endlich gute Erklärungen über die Rechtslage von einem externen Fachanwalt, Sven Hornauf. Endlich war zu verstehen, was uns als Stadtverordnete bisher vom Bürgermeister nicht erklärt

wurde. Er hat bisher immer nur auf seine Vorgänger geschimpft, dabei ist er selbst bereits seit 1.1.2020 im Amt. „3 Jahre Versagen,“ hat ihm die SPD inzwischen vorgeworfen. Denn die geplante Gebührenerhöhung für Wasser und Abwasser geht auf einen Vorschlag der Stadtverwaltung zurück. Welche Auswirkungen das für die Einwohner:innen Werneuchens hat, spielte für den Bürgermeister offenbar keine Rolle.

Nach den Ausführungen des Anwalts am 25. Mai hoffen wir als LINKE, dass wir diese extrem hohen Kostensteigerungen abmildern können.

Dazu könnte als erstes eine erwartete Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen für Werneuchen um 990.000 Euro beitragen, zurückzuführen auf eine neue Umlage für den Solarpark von 0,2 Cent pro Kilowattstunde. Diese könnte die Stadt als Zuschuss für den Eigenbetrieb nehmen, um damit den Gebührenanteil, den die Bürger:innen tragen müssten, zu senken. Nach fachanwaltlicher Aussage muss nun aber noch geklärt werden, ob dies so einfach möglich ist, weil

die Stadt im nächsten Jahr Kredite für den Grundschulneubau aufnehmen muss. Geprüft werden muss auch, ob durch eine faktische Deckelung der Gebühren für die Bürger:innen dazu führt, dass künftig bestimmte Fördermittel nicht in Anspruch genommen werden können, zum Beispiel vom Kreisentwicklungsbudget. Uns als LINKE geht es vor allem darum, dass die Gebühren sozialverträglich bleiben. Dass sie etwas steigen müssen, ist wahrscheinlich allen Bürger:innen klar. Schließlich gab es die letzte Gebührenerhöhung 2016/2017. Möglich sind Gebührenanpassungen alle zwei Jahre.

Dass sich nun eine Lösung abzeichnet, die sozialverträglich ist, ist der Intervention durch die LINKEN, durch SPD/WiW aber vor allem auch durch Bürger:innen zu verdanken.



„Im Erfolg macht man die größten Fehler!“

Bernauer Stadtverordnete von Freien Wählern und CDU verhindern Diskussion über Parkraumkonzept.

Von Matthias Holz,
Stadtverordneter (DIE LINKE)

Der Fußballverein Eintracht Frankfurt hat im letzten Jahr die Europa League gewonnen und sich damit das erste Mal in der Vereinsgeschichte für die Champions League qualifiziert. Der Sportvorstand des Vereins warnte nach der Saison direkt mit dem Zitat: „Im Erfolg macht man die größten Fehler!“

Ein Satz, der sich nach der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Mai auch auf Bernau übertragen lässt. Die Stadt hat einen beachtlichen und vor allem erfolgreichen Weg hinter sich. Zur steigenden Zahl an Einwohner:innen kommen Neubauten im Bereich Schulen, Kindergärten, Straßen, Grünanlagen und einer Sport- und Veranstaltungshalle. Bernau ist eine Stadt, die in ganz Deutschland durchaus neidische Blicke auf sich ziehen dürfte.

Um eine weitere Entwicklung der Stadt ging es bei der Vorlage der Stadtverwaltung zum „Parkraumkonzept Innenstadt/erweiterte Innenstadt“. Die Verwaltung wollte sich mit diesem Konzept der Parkplatzpro-

blematik in der Innenstadt annehmen. Mit 26 wissenschaftlich begleiteten Maßnahmen hatte man den Stadtverordneten ein Konzept vorgeschlagen, an dem dann weiter gearbeitet hätte werden können.

Um das gleich zu sagen: Auch bei der Stadtfraktion der LINKEN waren nicht alle diese Maßnahmen auf Gegenliebe gestoßen und wir hätten Teile des Konzeptes abgelehnt. Doch die anderen Fraktionen, hier vor allem die Freien Wähler und die CDU, waren nicht bereit an diesem Konzept zu arbeiten und lehnten es ohne weitere Bearbeitung ab. Die Gründe? Sinngemäß: Der Weg zu einer autofreien Innenstadt ist nicht gewünscht. Autofahrer:innen darf man nicht belasten und ohne Parkplätze gehen die Händler in der Innenstadt bankrott. Gerade letzteres ist ein Argument, das es in allen Städten weltweit gab, die mit der autofreien Innenstadt experimentiert haben und das mittlerweile in das Reich der Mythen und Legenden verbannt gehört. Nur sieben Prozent der Kunden kommen mit dem Auto, um einzukaufen. Laut Umfragen in Berlin und Leipzig werden 70 bis 91 Prozent der Umsätze durch Menschen

generiert, die nicht mit dem Auto in die Innenstadt kommen. Zu gleichen Ergebnissen kommt man in verschiedenen Städten Spaniens, in Offenbach, Gera, Erfurt und Weimar.

Wenn man diese Ergebnisse auf Deutschland überträgt, würde allein eine Erhöhung des Radverkehrsanteiles auf 25 Prozent ein Umsatzplus von 8,7 Milliarden Euro für den Einzelhandel bedeuten.

Eintracht Frankfurt hat in der aktuellen Saison der Fußball-Bundesliga ihre Ziele verfehlt und sich eher dem Mittelmaß der Liga angenähert. Wenn Bernau Spitze bleiben möchte, kann man nur hoffen, dass die Stadtverordneten zukünftig mehr Gestaltungswillen zeigen und Bernau weiter nach vorne bringen wollen, denn „im Erfolg macht man die größten Fehler!“

12. PAM, 22.2.2023, Bernau
DIE LINKE.

Hurra, wir leben noch!

Endlich auf Youtube: Die Bernauer LINKE nimmt die kleine und die große Politik auf die Schippe. Politik, Komik, Satire zusammengefasst zum „Politischen Aschermittwoch 2023“ auf <https://www.youtube.com/watch?v=PZVZbaxr1Mk> oder direkt:

Bei uns gibts Kekse!

Wir wollen ALLES und vor allem DICH: 19. Juni, 19 Uhr.
Kommunalwahlen 2024

Wir, eine Gruppe mit diversen Problemen, aber immer fröhlich, suchen dich für gemeinsame lange Abende. Wir bieten Vielfaltigkeit, Tradition, eine Robin Hood Attitüde und das ständige Kämpfen gegen Windmühlen. Wir sind viele, möchten aber noch ein paar mehr werden. Deshalb suchen wir DICH!

Bist du bereit für regelmäßiges Beisammensein in halbdunklen Räumen, aber ohne Romantik? Interessierst du dich für Dinge, die sonst keinen interessieren und giltst im Freundeskreis als verrückt?

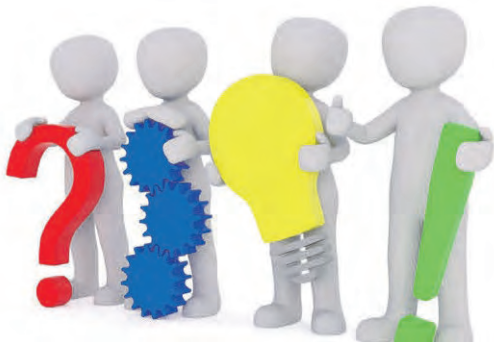
Willst du ernsthaft wissen, was es bedeutet, für Bernau Verantwortung

zu übernehmen? Dann bist du bei uns genau richtig!

Wir wollen mit dir darüber reden, was Kommunalpolitik ist, welche Verantwortung das Amt als Stadtverordneter bedeutet und welche Aufgaben und Arbeitsumfang dieses mit sich bringt. Außerdem wünschen wir, dass du für uns kandidierst. Wir bieten mehr als die anderen Parteien, bei uns gibt es Kekse. Wenn du welche mitbringst...

Noch nicht abgeschreckt? Dann komm gerne zu unserer Informationsveranstaltung am 19. Juni um 19:00 Uhr in das Ortsteilzentrum in Ladeburg, Bernauer Straße 7. mh

**Für
meine
Stadt
Bernau!**



Danke, Döpfner!

Warum der Chef des Axel Springer Verlages einen wichtigen Beitrag zur Demokratie leistet

Von Matthias Holz
Stadtverordneter Bernau

Das mediale Echo war enorm als herauskam, was Mathias Döpfner so privat für Nachrichten versendet. Die Zeitung „DIE ZEIT“ hatte dessen private Nachrichten veröffentlicht und tiefe Abgründe beim Chef des Axel Springer Verlages offenbart. Mathias Döpfner ist einer der mächtigsten Menschen in diesem Land und denkt, dass es in Ostdeutschland nur „Kommunisten und Faschisten“ gibt und „die Ossis niemals Demokraten werden“.

Aber nicht nur das. Auch für die zum Konzern gehörende „Bild-Zeitung“ gab es die Anweisung an die Chefredaktion, die FDP zur Bundestagswahl zu pushen. „Unsere letzte Hoffnung ist die FDP. Nur wenn die sehr stark wird – und das kann sein – wird das grün rote Desaster vermieden. Können wir für die nicht mehr tun [...]“ oder „Please stärke die FDP. Wenn die sehr stark sind, können sie

in Ampel so autoritär auftreten, dass die platzt und dann Jamaika funktioniert.“

Wir fassen also zusammen: Einem großen Teil der Bevölkerung spricht Döpfner nicht nur ab, Demokraten zu sein, sondern auch die Demokratie grundsätzlich zu verstehen. Gleichzeitig nutzt er sein Medienimperium, um demokratische Wahlen so zu beeinflussen, dass seine Interessen bestmöglich durchgesetzt werden.

Ich möchte Herrn Döpfner an dieser Stelle ganz ehrlich Danke sagen. Dieses Verhalten zeigt doch, dass der gern zitierte Spruch „Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten“ einfach nicht stimmt. So lange reiche und mächtige Menschen wie Döpfner alles tun, um bürgerliche, marktradikale oder zum Teil offen rassistische Parteien finanziell oder mit anderen Ressourcen zu unterstützen, so lange funktioniert unsere Demokratie auch. Wir alle müssten nur endlich anfangen so zu wählen, damit endlich Politik in unserem Interesse gemacht wird.



Regeln für befristete Arbeitsverträge



OW-Recht:

**Aktuelle Fragen an Arbeitsrichter
André von Ossowski**

Immer wieder stehen befristete Arbeitsverträge im Zenit der Arbeitsgerichte. Dabei stellen sie eine Abweichung vom gewünschten Grundsatz eines unbefristeten Arbeitsvertrages dar. Wir arbeiten zur Existenzsicherung, deshalb bedarf es heute einer deutlicheren Artikulierung, wonach es ein Grundrecht auf Arbeit gibt, auch wenn dies verfassungsrechtlich noch nicht primär verankert ist.

Befristete Arbeitsverträge hemmen in der Regel, sofern sie nicht selbst gewünscht sind, die Lebensplanungen der betroffenen Menschen. Sie haben Einfluss auf ihr Persönlichkeitsbild und Artikulierung freier Meinungen.

Die Zulässigkeit der Befristung ist in Deutschland im **Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG)** geregelt. Danach bedarf die Befristung eines Arbeitsvertrages einen **Sachgrund** für deren Abschluss. Dieser muss im Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages vorgelegen haben und bei einer gerichtlichen Überprüfung auch belegbar sein. Dazu muss die Befristungsdauer mit dem Sachgrund korrespondieren.

Das gilt leider nicht für Arbeitsverträge, die bei einem Arbeitgeber erstmals abgeschlossen werden. Allerdings sind diese Befristungen auf maximal zwei Jahre (bei Firmenneugründungen bis vier Jahre) begrenzt. Innerhalb dieser Frist darf ein kürzerer befristeter Arbeitsvertrag auch nur maximal drei Mal verlängert

werden. Bei letzterer Alternative ist es wichtig, dass bei einer Verlängerung der Befristung die **Abänderung einer wesentlichen Vertragsbedingung** (z.B. Arbeitsaufgabe, Arbeitszeit, Entlohnung) keine dem Gesetz konforme Verlängerung darstellt und deshalb die Befristung unwirksam wäre.

Allerdings müssen Arbeitnehmer:innen **diese Unwirksamkeit gerichtlich feststellen lassen.** Nach § 17 TzBfG muss dies (wie bei einer Kündigungsschutzklage) binnen drei Wochen nach dem vertraglich vereinbarten Ende der Befristung erfolgen. Sonst besteht keine Chance auf Entfristung.

Eine weitere wichtige Vorausset-

zung ist, dass ein befristeter Vertrag schriftlich vereinbart wird. **Mündlich abgeschlossene befristete Verträge, anders als unbefristete, sind unwirksam.** Also Augen auf. Leider gibt es **kein Mitbestimmungsrecht von Betriebsräten** bei der Zulässigkeit der Befristung. Nach dem Landespersonalvertretungsgesetz in Brandenburg muss aber ein Arbeitgeber im Öffentlichen Dienst einem bestehenden Personalrat bei der Einstellung die Befristung als solche anzeigen.

Eine tatsächliche Weiterbeschäftigung nach Fristende, ohne eine zulässige schriftliche Verlängerung, **führt in der Regel automatisch zu einem unbefristeten Arbeitsverhältnis**, zu den Bedingungen wie sie zuletzt bestanden.

Eine Vertragsklausel, die eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit der Vollendung des 65. Lebensjahres vorsieht, ist nach der Anhebung des **Regelrentenalters** regelmäßig dahin zu verstehen, dass das Arbeitsverhältnis erst mit der Vollendung des für den Bezug einer Regelaltersrente maßgeblichen Lebensalters enden soll.

In der Vorgängerregierung der Ampelkoalition sollte die sachgrundlose Befristung abgeschafft werden. Das ist geflissentlich vergessen worden. **Die derzeitige Ampelkoalition** ist sogar noch einen Schritt zurück gegangen. Sie **will lediglich die sachgrundlosen Befristungsgründe einschränken. Das hilft gar nicht oder nur sehr wenigen Betroffenen.** Ein Entwurf oder Zeitpunkt für die Lesung eines solchen Gesetzes gibt es nicht.

Viel Arbeit macht das nicht. Scheinbar hat sich Politik und Wirtschaft an den Komfort, den befristete Arbeitsverträge für Arbeitgeber mitbringen, gewöhnt. Erstens muss man nicht kündigen und einem ungewissen möglichen Prozess ins Auge schauen und zweitens schafft man sich devote Arbeitnehmer, die auf eine Verlängerung oder Umwandlung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis hoffen.

Abschließend noch der Hinweis, dass **in Tarifverträgen** neben Gründen für eine Befristung, auch die Dauer und Anzahl der Verlängerungen von sachgrundlosen Befristungen geregelt werden dürfen.

§ 14 Absatz 3 TzBfG hat darüber hinaus für Arbeitnehmer ab einem Alter von 52 Jahren die sachgrundlose Befristung auf maximal 5 Jahre festgelegt.

Die Überprüfung der Zulässigkeit einer Befristung sollte in jedem Fall durch den Arbeitnehmer vorgenommen werden.

Sparkassen werden in allen Teilen des Landes gebraucht

Geplante Filial-Schließungen: DIE LINKE wirbt für Änderung des Sparkassengesetzes/Landtag ist dafür Gesetzgeber.

OW-Beitrag/bc

Es ist schon eine Weile her, da kämpften die Bürger:innen in Groß Schönebeck um ihre Sparkassenfiliale. Letztlich erfolgte die Schließung, die Kund:innen wechselten in die Filialen der Barnimer Sparkasse nach Finowfurt, Wandlitz, Klosterfelde oder gar zur Mittelbrandenburgischen Sparkasse nach Liebenwalde.

Ende April kündigte nun die Mittelbrandenburgische Sparkasse an, künftig in 30 ihrer momentan 141 Geschäftsstellen keine Beratungen mehr anzubieten. In 22 Filialen soll es nur noch Geldautomaten geben, mindestens 8 Filialen sollen komplett geschlossen werden. Auch die Sparkasse Uckermark plant die Schließung von 5 Filialen im ländlichen Raum zum Oktober dieses Jahres. „Wir müssen befürchten, dass andere Sparkassen im Land Brandenburg nachziehen werden“, erklärte Sebastian Walter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Brandenburger Landtag, Ende Mai. Deshalb wird seine Fraktion in der nächsten Landtagssitzung nach der Sommerpause beantragen, dass das Land etwas gegen die weitere Ausdünnung von Leistungen der Sparkasse in der Fläche des Landes unternimmt. „Dies wäre möglich, dass die Sparkassen sich in kommu-

naler Hand befinden und an das Brandenburger Sparkassengesetz gebunden sind. Der Landtag kann also darauf Einfluss nehmen“, erläutert Walter die Position seiner Fraktion. „Gerade für ältere Menschen, die das persönliche Beratungsgespräch suchen und gleichzeitig in ihrer Mobilität oft eingeschränkt sind, gehören Sparkassenfilialen zum Lebensumfeld, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können“, begründet Sebastian Walter.

Aber es gibt auch noch andere Gründe für Sparkassenfilialen. So gehört es zur Landesplanung, so genannte Grundfunktionale Schwerpunkte auszuweisen. Sie erhalten vom Land eine Förderung von 100.000 Euro pro Jahr. Dafür müssen sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen wie zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, niedergelassene Ärzte – und eben eine Bank- oder Sparkassenfiliale.

Auch kleine Unternehmen benötigen weiterhin Ansprechpartner:innen im geld- und kreditwirtschaftlichen Bereich. Viele sind mit der örtlichen



**DIE LINKE in Brandenburg:
Ampel für Sparkassenfilialen
in kleinen Orten wieder
auf „grün“ stellen.**



Sparkasse verknüpft. Und nicht alles kann über Online-Banking abgewickelt werden. Weite Wege zur nächsten Filiale behindern Unternehmen.

Es gibt also viele Gründe dafür zu sorgen, dass das Filialnetz der Sparkassen als Unternehmen des öffentlichen Rechts nicht ausgedünnt wird.

DIE LINKE wird deshalb beantragen, dass sich Land und die Landkreise als Träger der Sparkassen auf ein Moratorium verständigen, dass bereits geplante Schließungen von Sparkassenfilialen ausgesetzt werden. Und dann muss natürlich nach Lösungen gesucht werden, wie die

Sparkassen-Präsenz in der Fläche des Landes Brandenburg künftig gesichert werden kann. Dazu sollte eine Änderung des Brandenburgischen Sparkassengesetzes geprüft werden, um einen flächendeckenden Erhalt von Sparkassenfilialen und damit die Versorgung mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen der Bevölkerung in allen Teilen Brandenburg zu gewährleisten. Beispiel für eine solche Regelung ist die Post-Universaldienstleistungsverordnung, mit der die Existenz von flächendeckenden Postfilialen – in welcher Form auch immer – gesetzlich abgesichert werden.

Einnahmen müssen in der Region bleiben!

LINKE fordert lokale Bürgerenergie: Gewinne aus erneuerbaren Energien gehen an die alten Bundesländer

„Die Brandenburger Landesregierung überlässt den alten Bundesländern die Gewinne aus erneuerbaren Energien, während die Brandenburger:innen leer ausgehen“, kritisierte der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter Mitte Mai. „Diese bleiben auf den Kosten der dezentralen Energieerzeugung und den damit verbundenen höheren Netzentgelten sitzen. Die Wertschöpfung von erneuerbarer Energie findet zwar in Brandenburg statt, die Einnahmen aus der Gewerbesteuer landen bis auf wenige Ausnahmen aber in den alten Bundesländern, weil dort die größten Betreiber von Wind- und Solarparks ihre Firmensitze haben.“ Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine kleine Anfrage der Landtagsfraktion der LINKEN hervor.

„Längst findet ein Wettrennen privater Konzerne um die begehrtesten Flächen für Wind- und Solarenergie

statt“, erklärte Anke Schwarzenberg, Landtagsabgeordnete der LINKEN aus der Lausitz und Experte für den Strukturwandel. „Es ist völlig unverständlich, warum die Landesregierung den Markt für erneuerbare Energien den großen Erzeugern überlässt. Wir brauchen dringend ein Umsteuern: Die Brandenburger:innen müssen direkt vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren. Nötig ist eine Stärkung kommunaler Stadtwerke und genossenschaftlicher Bürgerenergieprojekte. Als erste Maßnahme fordern wir die Einrichtung eines Bürgerenergiefonds zur Förderung von Bürgerenergieprojekten nach Thüringer Vorbild.“ Damit können sie ermächtigt werden, sich gegen kapitalstarke Investoren zu behaupten und die Gewinne bleiben vor Ort. Genossenschaften fördern die krisenfesten und demokratischen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.“ *pm*

Mit anderer Politik Demokratie verteidigen

DIE LINKE: Probleme benennen, Lösungen vorschlagen – so können Protestwahlen unnötig werden.

Nur knapp gewann der SPD-Kandidat vor der AfD die Landratswahl in Oder-Spree. „Brandenburg – wir haben ein Problem“, konstatierte der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter. Nach der Landtagswahl 2019 hätte die Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen einen neuen Politikstil versprochen, der die ländlichen Räume einbinde. Die Realität sei aber eine andere, so Walter. Die SPD bezeichne Brandenburg als Gewinnerregion. „Aber wer gewinnt hier eigentlich?“ fragte Walter. „Elon Musk als Milliardär. Aber in den berlinferneren Regionen erleben die Menschen den Rückzug des Staates.“ Schwierig findet Walter, „dass die CDU immer mehr Positionen der AfD übernimmt.“ An allem seien Flüchtlinge schuld. Die CDU fordere Grenzkontrollen, obwohl selbst die Gewerkschaft der Polizei erklärt, dass das rechtlich und

praktisch nicht umsetzbar sei. „Wenn DIE LINKE als Schwarzmalerei hingestellt wird, stärkt das die AfD, weil keine demokratische Debatte mehr möglich ist“, erklärte Walter. „In Brandenburg müssen Schulen gebaut, die Kitarechtsreform umgesetzt werden.“ Noch ein Beispiel zählte Walter auf: Die Zahl der Anspruchsberechtigten für das erweiterte Wohngeld (bis zu 370 Euro monatlich) habe sich auf 60.000 verdreifacht. Allerdings warten viele mehrere Monate auf die Auszahlung. „Der Infrastruktuminister könnte Abschlagszahlungen ermöglichen“, schlägt Sebastian Walter vor.

DIE LINKE werde weiter eine lösungsorientierte Politik einfordern. Sie sei nötig, damit Protestwahlen der Vergangenheit angehören. „Wir dürfen nicht zulassen, dass sich die AfD an den »Waffenschränken der Demokratie bedient, um sie abzuschaffen« (Zitat J. Goebbels)“, so Walter. *bc*

Frauengeschichte(n)

**Bertha
von Suttner**



Juni

Von Gisela Zimmermann

Bertha von Suttner wurde am 09.06.1843 als Bertha Sophia Felicitas Kinsky von Wchinitz und Tettau in Prag geboren. Ihr Vater war vor ihrer Geburt gestorben. Als Kind und Jugendliche lernte sie mehrere Sprachen, beschäftigte sich mit Musik und reiste viel.

Als das ererbte Vermögen aufgebraucht war, musste sich Bertha ihren Lebensunterhalt als Gouvernante verdienen. Sie nahm 1873 eine Stelle bei der Familie von Suttner an und unterrichtete deren Töchter. Als sie sich in den um sieben Jahre jüngeren Sohn der Familie verliebte, wurde sie entlassen. Frau von Suttner vermittelte ihr allerdings eine Stelle als Privatskretärin bei Alfred Nobel in Paris, mit dem sie eine lebenslange Freundschaft verband. 1876 kehrte Bertha heimlich nach Wien zurück und heiratete Arthur von Suttner gegen den Willen seiner Eltern. Das Paar floh nach Georgien, wo es unter schwierigen finanziellen Verhältnissen lebte. Nachdem sie 1885 nach Wien zurückgekehrt waren, versöhnten sie sich mit seiner Familie.

1877 begann Bertha mit ihrer journalistischen Tätigkeit, beschäftigte sich mit der Frage von Krieg und Frieden und veröffentlichte 1889 ihren Roman „Die Waffen nieder“ – ein Welterfolg. Sie wurde zur Aktivistin der Friedensbewegung. 1891 gründete sie die österreichische „Gesellschaft der Friedensfreunde“, 1892 die Deutsche Friedensgesellschaft, nahm an zahlreichen Kongressen teil und bereitete 1899 die 1. Haager Friedenskonferenz mit vor. Bertha warb dafür, Frauen im „Rat der Völker“ Sitz und Stimme zu geben. Im Juni 1904 nahm Bertha als eine der bedeutendsten Frauen an der „Internationalen Frauenkonferenz“ in Berlin teil. Nobel unterstützte ihre Aktionen finanziell und stiftete für sie den Friedensnobelpreis, den sie 1905 erhielt. Bertha von Suttner starb am 21.06.1914 in Wien kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges.



**Gut für Kinder:
Ein Familienfest in Eberswalde**
15. Juli, 13 bis 17 Uhr

Park am Weidendamm

Sebastian Walter und die Linksfraktion im Bundes- und Landtag laden Sie zum Kinder- und Familienfest ein.

Familiäre Angebote und entsprechende kulturelle Beiträge werden eine kurzweilige Unterhaltung für die Jüngsten auf dem Fest bieten. Kleine Leckereien für Klein und Groß sorgen für das leibliche und politische Diskussionen für das geistige Wohl.

Was brauchen Kinder, was brauchen Familien für ein glückliches und sorgenfreies Leben? Gemeinsam wollen wir über optimale Rahmenbedingungen für Familien reden. Kommen Sie rum, lassen Sie es sich gut gehen und genießen sie den Sommer mit uns.

Preisrätsel

Gewinner der April-Ausgabe: J. Eger, Biesenthal

Lösungswort dieser Ausgabe: Die grau unterlegten Felder bezeichnen eine Barnimer Gruppe, die sich für Frieden engagiert (siehe auch Seite 4) **bis zum 31. Juli 2023** an: Die LINKE Barnim, Redaktion OW, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde oder E-mail: offeneworte@dielinke-barnim.de;

gespendeter Preis dieser Ausgabe: 1 Jahres-Abo „Eulenspiegel“. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Waagrecht: 1. Haltevorrichtung (Mz.), 5. thüring. Stadt an der Unstrut, 10. jemenit. Währung, 11. griech. Buchstabe, 12. Ostseebad (Usedom), 14. Goldmünze, 15. Lebensgemeinschaft, 16. berliner.: eine, 18. Imperativ von „geben“, 20. Grenzfluss (poln.), 21. Weinranke, 23. tier. Faserstoff, 25. paschtun. Buchstabe, 27. Pflanzengattung d. Korbblütler, 28. früher gebräuchl. Name f. China, 30. zentralasiat. See, durch Austrocknung in Teile zerfallen, 31. engl. Abk. für Jugendliche, 32. Hohlform d. Landschaft, 34. Gemütsverfassung, 36. Gemeinde im Barnim, 38. Körperorgan, 41. Märchenfigur, 44. Langeweiliges, 47. Himmelsrichtung, 48. Herrscherin d. Unterwelt (german. Mythologie), 49. kleinste Einheit d. chem. Elemente, 50. Kapitel d. Korans, 52. Verwandte (veralt.), 54. langer Anorak, 56. Speisefisch, 58. Vorderasiat, 60. röm. Liebesgott, 62. vornehm, 64. Himmelsbläue, 66. engl.: Körperschaft (Abk.), 67. Abk. f. eine Nukleinsäure, 69. Flugkörper, 70. ital. Stadt, 71. engl.: Hitze, 72. Wintersportgerät, 73. Chef, 74. Zungenfliege

Senkrecht: 1. Geschenk, 2. altes Tiroler Flüssigkeitsmaß, 3. Abwesenheit von Krieg, 4. Sportboot, 5. Meerespflanze, 6. Betonungszeichen, 7. Fensterverschluss, 8. Tonintervall, 9. Teil mancher Schiffe, 13. Stechwerkzeug, 17. franz. Schauspieler (1940-2019), 19. Zusammenschluss, 20. Gott d. nord. Mythologie, 21. Zusatz b. akadem. Graden für Naturwissenschaftler, 22. ind. Stadt in Karnataka, 23. glänzendes Gewebe, 24. Nebenfluss d. Rhone, 26. Gesprächsrunde, 29. altes Scheuermittel, 33. Lachsforelle, 35. Kalifennamen, 36. unangenehm, 37. altes dt. Längenmaß, 39. Zuständigkeit, 40. Wendekommando, 42. organ. Verbindung, 43. alte Weizenform, 45. Saturnmond, 46. Fabelwesen, 49. Zufluchtsort, 51. selten, 53. Keimfreiheit, 55. Zweikampfsportart, 57. lat.: Löwe, 59. Ziffer, 61. Sohn d. Agamemnon, 63. langgezogenes Metall, 64. Ziffer, 65. europa. Grenzgebirge, 66. Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden für das Wertpapierwesen (Abk.), 67. Handrücken, 68. span.: Luft

1		2		3	4		5		6		7	8		9
12	13						14					11		
15					16	17						18		19
				20				21		22				
23		24				25	26			27				
		28				29	30							
31						32	33				34	35		
						36				37				
38	39		40							41		42		43
			44				45	46						
47							48				49			
						50		51			52	53		
54			55				56		57		58			59
			60			61			62	63				
64		65					66					67		68
		69								70				
71								72						
		73								74				